

Bei der Geneigtheit gegenseitiger Verständigung nicht schwer zu erreichen. Esmotta schließt mit einem dreifachen, begünstigt erwiderten Hoch auf den Kaiser. Zum ersten Vizepräsidenten wird Glühmedl mit 253 von 278 Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Raubren mit 218 von 246 Stimmen gewählt. Dieselben danken ebenfalls. Die Regierung brachte unter anderem die Erklärung der einjährigen Verlängerung der Kündigungsfrist des Handelsvertrages mit Italien ein.

Zu späterem Verlauf der Sitzung legte der Finanzminister das bereits im Vorjahre eingebrachte Finanzgesetz und den Staatsvoranschlag für 1891 ohne Veränderung wieder vor, indem er erklärte, Änderungen wären unsittlich, da bei seinem Amtsantritt mehr als ein Monat der Bezahlungsperiode des neuen Budgets abgelaufen und das Budgetprovisorium auf Grund des früher eingebrachten Budgetentwurfs angenommen worden sei. Aus diesem Grunde traten alle noch erforderlichen Ausgaben als Nachtragsverträge auf, die sich unter den heute eingebrachten Vorlagen befinden. Der Finanzminister hat das Haus, die Verlängerung des Budgetprovisoriums möglichst schnell zu erledigen und sprach die Hoffnung aus, im Laufe der Budgetberatung Gelegenheit zu weiteren Ausführungen zu finden. (Lebhafter Beifall.) — Die Abgeordneten Javorski und Genossen, Plener und Genossen und Engel und Genossen beantragen, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten und zur Ausarbeitung und Vorberatung des Adressentwurfs einen Ausschuss von 36 Mitgliedern einzusetzen. Die Anträge wurden als dringlich behandelt und ohne Debatte angenommen. — Die Abgeordneten Bernerstorfer und Genossen brachten einen Antrag ein, betreffend die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für die Gerichtsbezirke Wien, Vorarlberg und Wienerneubau.

**Wien, 16. April.** (C. T. C.) Abgeordnetenhaus. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf, betreffend eine zweimonatliche Verlängerung des provisorischen Budgets bis Ende Juni ein.

Die Abgeordneten Commaruga, Erner, Wrabeg interpellirten den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe wegen der Gesetzesvorlagen betreffend die Errichtung der Wiener Stadtbahn und die Verlegung der Galerien.

Die meisten Wahlen sind als gültig anerkannt, 39 derselben wurden dem Legitimationsausschusse überwiesen.

**Berlin, 16. April.** (C. T. C.) In der heutigen Sitzung des Ministerrathes theilte der Handelsminister Jules Roche das Resultat einer in den Departements angestellten Enquete über den Zolltarif mit und erklärte, die Mehrheit der Generalräthe habe sich in einem entschieden schützollnerischen Sinne ausgesprochen.

**Rom, 16. April.** (C. T. C.) Das Grünbuch über die Mission Antonelli und die Afrikanischen Angelegenheiten gelangte heute in der Deputirtenkammer zur Vertheilung. Dasselbe enthält unter anderem eine Anzahl Briefe des Königs Menelik an den König Humbert. Aus den Berichten Salimbenis und Antonelli geht hervor, daß Menelik die Uebersetzung des Artikels 17 des Vertrages von Ussakali für unrichtig erklärt und Schwierigkeiten bezüglich der Feststellung der italienischen Grenze am Marsch gemacht habe. König Menelik und Antonelli seien schließlich dahin übereingekommen, daß der Artikel 17 in den beiden Texten unverändert bleiben solle und hätten ein in diesem Sinne in Anhaltiger Sprache abgefaßtes Schriftstück unterzeichnet. Später habe Antonelli festgestellt, daß dem Vertrage ein Wort hinzugefügt worden sei, durch welches der Artikel 17 annullirt wird. Antonelli habe hierauf erklärt, das Schriftstück sei von Menelik geändert und er sei deshalb mit den übrigen italienischen Vertretern abgereist. Ein Bericht Antonellis vom 14. November 1890 sprich von den Intrigen französischer Agenten, die bis in die nächste Umgebung des Reges ausgedehnt worden seien. Später wurde mitgetheilt, daß Antonelli als er diesen von Ussakali nach Harar am 25. Februar d. J. begleitete, davon verständigt habe, daß Frankreich dem Könige Menelik 40 000 Gewehre angeboten habe. Menelik habe zu wiederholten Malen von der Nützlichkeit eines Einvernehmens zwischen England, Italien und Aethiopien gegenüber den Deutschen gesprochen. Das Grünbuch schließt mit Briefen des Königs Menelik an den König Humbert und den Ministerpräsidenten di Rudini, welche nach der Abreise Antonellis geschrieben sind und den Wunsch ausdrücken, daß die Angelegenheiten Aethiopiens in Europa unter Mitwirkung Italiens geregelt würden. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

**Antliche Nachrichten.**

Der König hat dem Rentmeister a. D., Rechnungs-Rath Beder zu Juchow den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Postmeister a. D. Freiherrn von der Red zu Budeburg, bisher zu Breslau, den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse; dem Oberst-Lieutenant a. D. Frieze zu Köln, bisher a la suite des Infanterie-Regiments Herzog von Holstein (Holsteinisches) Nr. 85 und Vorstand des Festungsgefängnisses zu Köln, und dem Oberlehrer, Professor Dr. Erler am Pädagogium zu Jülich den Königlich-kronen-Orden dritter Klasse; dem Lehrer Langemann an der Knaben-Bürgerschule der Franckischen

Stiftungen zu Halle a. S. den Königlich-kronen-Orden vierter Klasse; dem evangelischen Hauptlehrer Rosenbergs zu Anklam den Adler-Orden zweiter Klasse des Königlich-kronen-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Steueraufseher a. D. Muscat zu Gatz a. O., bisher zu Berlin, und dem Holzbaumeister Reichler zu Noth im Kreise Bittburg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der König hat dem Großherzoglich Badischen Oberförster Steiglehner zu Lahr den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Königlich-württembergischen Oberst-Lieutenant von Dalbenden, Commandeur des Feld-Artillerie-Regiments König Carl (1. Württembergischer) Nr. 13, und dem Königlich-württembergischen Oberst-Lieutenant von Fischer-Weikersthal, etatsmäßigen Stabschef des Grenadier-Regiments König Carl (5. Württembergischer) Nr. 123, den Königlich-kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Der König hat dem Director der Staats-Nachrichtlichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. von Schöbel, die Erlaubniß zur Ausrückung des ihm verliehenen Großkreuzes des Großherzoglich Mecklenburg-Schweringischen Grelsen-Ordens ertheilt.

Der Kaiser hat in Gemäßheit des § 93 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzblatt Seite 61), zum Präsidenten des Disciplinarhofes des Präsidenten des Reichsgerichts, Wirklichen Geheimen Rath von Dehlschlager, zum Mitglied des Disciplinarhofes den Reichsgerichts-Rath Förstlich, zum Präsidenten der Disciplinarkammer in Münster i. W. den Königlich-preussischen Landgerichts-Präsidenten Thomsen dabeis, und zu Mitgliedern der Disciplinarkammer in Slettin: den Königlich-preussischen Ober-Landesgerichts-Rath Brose dabeis, in Bismarck: den Königlich-preussischen Landgerichts-Rath Bernerke dabeis, in Frankfurt a. O.: den Ober-Postdirector, Geheimen Ober-Postrath Griebsch in Berlin und in Frankfurt a. O., in Posen: den commissarischen Ober-Postdirector, Postrath Dehl in Bromberg, in Magdeburg: den Königlich-preussischen Militär-Intendantur-Arzt Gekel dabeis, in Trier: den Königlich-preussischen Landgerichts-Rath Henle dabeis, in Schleswig und Lübeck: den Marine-Lieutenant, Justiz-Rath Reichert in Kiel, in Karlsruhe: den Großherzoglich Badischen Landgerichts-Rath Weikel dabeis für die Dauer der von ihnen zur Zeit bestehenden Reichs- bzw. Staatsämter ernannt.

Der König hat dem Landesverwaltungs-Rath Kaupert von der Landes-Aufnahme den Charakter als Geheimen Kriegsrats verliehen, und in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Marienburg, im Regierungsbezirk Danzig, gestroffenen Wahl den Kämmerer- und Sparcassen-Rendanten Emil Stamm dabeis als besoldeten Beigeordneten der Stadt Marienburg für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Der bisherige Privatdocent an der Universität zu Bonn, Professor Dr. Reinhold von Viliantbal, zur Zeit zu Sontaglo, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Akademie zu Münster i. W. ernannt worden.

Die Besetzung des ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Elberfeld Dr. Ernst Kenz zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

**Politische Nachrichten.**

**Berlin, 17. April.**

Die vom Kaiser bei der Schulconferenz vertretene Schulreform wird nunmehr in den Cabinetshäusern zur Durchführung gelangt. Gemäß der erlassenen Cabinetordre werden dazu neue Lehrmittel ausgearbeitet für den Geschichtsunterricht, die Englische und die Reimathkunde. Die letztere nimmt eine vom Kaiser als besonders wichtig bezeichnete Stelle ein. Die neuen Lehrbücher werden bei dem Hofbuchhändler Mittler u. Sohn in Berlin erscheinen.

Wie bereits bekannt ist, hat der Bundesrath in seiner am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichslandes, der Post und Telegraphie dem Reichstag für das Rechnungsjahr überwiesen. Vermuthlich handelt es sich bei diesem Gesetzentwurf um die Beschaffung der Mittel für die bereits bekannten Forderungen für die Herstellung unterirdischer Telegraphenverbindungen und für die Vervollständigung des Deutschen Eisenbahnnetzes.

Wie wir gemeldet haben, wurde das Ehrenzeichen der Deutschen Industrie von der Deputation des Centralverbandes Deutscher Industrieller dem Fürsten von Bismarck übergeben; derselbe hatte auch Herrn Baurath Heyden, der die Entwürfe für die Ehrenprobe geliefert und Herrn Commerzienrath Vollgold, der dieselbe ausgeführt, aus diesem Anlaß nach Freiburgsruh eingeladen. Herr Geheimrath Schwarzkopff als Vorsitzender vom Directorium des Centralverbandes Deutscher Industrieller überreichte Sr. Durchlaucht die bereits bei dem Besuche im vergangenen Jahre verlesene Adresse, welche inzwischen hinstellend ausgehändigt worden war. Hierbei drückte er mit warmen Worten Sr. Durchlaucht nochmals den Dank aus für alles, was er für das Wohl des ge-

sammten Vaterlandes und im Besondere für die Industrie gethan habe. Herr Schwarzkopff fügte hinzu, daß die Industrie mit großer Freude erfüllt habe, Sr. Durchlaucht auch ein sicheres Zeichen der Dankbarkeit in Form einer Ehrenprobe bringen zu dürfen, und schloß mit dem Wunsch, daß der Fürst in noch viele Jahre in Kraft, Gesundheit und Frische besitzend sein möchte. Hierauf erwiderte Fürst Bismarck in längerer Darlegung, daß die Gabe weder seiner Lebensgenossenschaft und den Zuständen seiner Häuslichkeit hinausgehe, daß sie aber als Zeichen der ihm entgegengetragenen Gesinnung in seinem Hause für alle Zeit dauern werde. Daß heute so hervorragende Vertreter der Industrie in seinem Hause begrüßt würde, sei eine weitere Freude für ihn. Er habe es stets als seine Aufgabe angesehen, für die Befruchtung der heimischen Arbeit zu sorgen, leider aber sei er bis zu dem siebzehnjährigen durch andere Verpflichtungen und Aufgaben so sehr in Anspruch genommen gewesen, daß er sich mit den wirtschaftlichen Zuständen speciell nicht habe beschäftigen können. Sr. Durchlaucht ging dann auf eine summarische Schilderung seiner Thätigkeit in wirtschaftlichen Fragen über und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit einer ruhigen Fortentwicklung ganz besonders auf dem Gebiete der Gesetzgebung, auf welchem Ueberlastung die schwersten Schädigungen herbeiführen könne. Sein Zutritt an dem Gesamtwohl des Vaterlandes sei auch nach dem Austritt aus seinem Amte nicht geringer geworden, er halte es deshalb für seine Pflicht nicht weniger für sein Recht, seine Stimme zu erheben, wo er nach seinem besten Wissen und Gewissen das Wohl des Vaterlandes betroffen glaube. Mit nochmaligen Dank und herzlichem Willkommenschloß der Fürst und lud dann die Herrercin, im Familienkreise mit ihm ein Festmahl einzunehmen.

— Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Nach telegraphischen Privatnachrichten hat Fürst Bismarck am Mittwoch nach 6800 Stimmen erhalten, also 1400 weniger, als für den national-liberalen Candidaten am 20. Februar vorigen Jahres abgegeben wurden. Der Socialdemokrat hat 3700 also 1100 weniger; der Welfe 2800, also 500 mehr und der Deutschfreisinnige 2400, also 600 mehr. Das Ergebnis war, bis auf das Anwachsen der welfischen Stimmen, vorherzusehen. Bei den National-liberalen die mindestens noch 4000 Stimmen in Reserve haben, stand von vornherein die Ueberzeugung fest, daß es zur Stichwahl kommen und daß dieselbe eine beständige Verzögerung nöthig machen werde. Dadurch lassen sich jedesmal Hunderte abzahlen, im ersten Wahlgang schon zu erkennen und richtiger ist es ja in ökonomischer Hinsicht, die „Wahlscheitler“ am Tage der endgültigen, also der zweiten Wahl zu Hause mobil zu machen. Es ist deshalb auch sicher, daß Fürst Bismarck in der Stichwahl auf noch 10 000 Stimmen bringt, und nach dem jetzt ungesähr überständlichen Gesamtresultat ist auch nicht der mindeste Zweifel mehr, daß Fürst Bismarck gewählt wird, denn die Gegner werden es zujammen nicht über 9000 Stimmen in der Stichwahl bringen. Das ist das Gegenstück. Eine sehr interessante Erscheinung ist aber das Anwachsen der welfischen Stimmen. Die Wirstellung der Candidatur Bismarcks in einem Hannoverischen Wahlkreis ist unter diesem Gesichtspunkt ein politischer Fehlgriff gewesen, das werden die localen Comités, die hier selbstständig vorgegangen, nicht mehr bestritten können. So gerne man dem Reichstagskandidaten allgemein den Eintritt in den Reichstag ermöglichen wollte, in einem Hannoverischen Wahlkreis, wo alte Wunden noch vernarben sollen, durfte dies nicht geschehen, denn dort sind dadurch alte Wunden wieder aufgerissen worden. Und diese Wirkung wird gewiß nicht local begrenzt sein, sie wird sich auf diejenigen Kreise erstrecken, wo das Welfenthum noch Sympathien genießt, übertragen. Doch auch darüber wird hinweg zu kommen sein, wenn mit der Zeit die Gemüther sich etwas wieder beruhigen. Was soll man aber nun von den Freisinnigen sagen, die von Stichwahl träumen und jetzt der Biffer nach an letzter Stelle stehen. Ein herzhafter Durchfall ist ihnen selten widerfahren, — und dazu müßten die Herren Parlamentarier halbdingensweise in den Wahlkreis? Oh Barth, oh Voltzath, oh Witte, oh Willbrandt und — oh Richter! Die Socialdemokraten aber erleben es abermals, daß ihr „Höhepunkt“ hinter ihnen liegt; selbst wenn sie zur Dampfmaschine noch das Torpedoboot aus der Bree gejagt hätten, wären die Spinnwebfäden nicht aufzulösen gewesen. Niederlagen in Würzburg, Bochum, Sonneberg, Gesehinde, — ein netter „Aufschwung“!

— In einer am 15. April in Hamburg abgehaltenen Sitzung vom Directorium des Centralverbandes Deutscher Industrieller wurde zunächst beschlossen, in einer Eingabe an den Herrn Reichsfinanzminister um Wahrung der Interessen der Deutschen Industrie zu bitten, welche durch den zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Preußen geschlossenen Handelsvertrag schwer